

Rot-Grüne Unwahrheiten zur Inneren Sicherheit

1. Rot-Grün sagt: Es wurden noch nie so viele Polizisten eingestellt.

Tatsache ist: Es gab auch noch nie so viele Abgänge. Die **Landesregierung hat weniger Polizeianwärter eingestellt, als sie selbst an Abgängen prognostiziert hat.** Die Ausbildung dauert 5 Jahre. Dazu kommt: Von den hier genannten Einstellungszahlen muss eine Durchfallquote von mindestens 10 Prozent abgezogen werden.

Einstellungen	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	350	300	300	400	475	500
geplante Abgänge	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	460	400	406	433	447	397

Die CDU fordert deshalb über die bereits geplanten Neueinstellungen hinaus weitere **300 zusätzliche Stellen** bei der Polizei sowie die Einstellung von weiterem Lehrpersonal am Hahn. Zur kurzfristigen Entlastung der Polizei fordern wir zusätzliche 15 neue Stellen für Tarifbeschäftigte.

2. Rot-Grün sagt: Die Polizei in unserem Land ist gut ausgestattet.

Tatsache ist: Die Polizisten in unserem Land haben über **1,7 Millionen Überstunden** angehäuft. Der Krankenstand ist auf Rekordhoch, mehr als **10% der Beamtinnen und Beamten sind dienstunfähig** oder eingeschränkt dienstfähig. Große Fahndungsmaßnahmen können nicht mehr durchgeführt werden. Die Bereitschaftspolizei wird als Lückenfüller bei den Polizeidienststellen missbraucht. Rot-Grün näht die Polizei „auf Kante“. (Beispiel: Die polizeipolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Katharina Raue, sagte bei einem Besuch einer Polizeidienststelle, polizeiliche Großeinsätze müssten personell „mehr auf Kante genäht werden“ und, falls ein Einsatz schief laufe, müssten eben Politik und Polizei gemeinsam die Verantwortung dafür übernehmen.)

3. Rot-Grün sagt: Rheinland-Pfalz setzt längst Bodycams/Körperkameras ein.

Tatsache ist: Bisher werden diese nur in zwei Polizeipräsidien testweise eingesetzt. Wäre Rot-Grün vor zwei Jahren dem Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 16/3983) gefolgt, könnten wir schon heute einen flächendeckenden Einsatz im Land haben.

4. Rot-Grün sagt: Das Land verstärkt nun die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen.

Tatsache ist: Auch hier gilt: Dies hätten sie schon längst umsetzen können. Stattdessen wurde der Antrag der CDU-Fraktion von 2014 (Drs. 16/4054) von Rot-Grün abgelehnt.

5. Rot-Grün sagt: Das Phänomen der Gewalt gegen Polizisten und Einsatzkräfte müsse man „umfänglich“ diskutieren.

Tatsache ist: Rot-Grün hat keinen einzigen Vorschlag zum Schutz von Polizisten in den Landtag eingebracht. Den Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 16/5031), einen **neuen Straftatbestand** bei Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte einzuführen, lehnte Rot-Grün ab.